

# Inflation in Industrieländern: der Einfluß politisch-institutioneller Faktoren auf die Preisstabilität

Andreas Busch

*Unter welchen Bedingungen kann in Industriegesellschaften Preisstabilität erreicht und damit zu Zielen wie ökonomischer Erwartungssicherheit und Effizienz beigetragen werden? Ausgangspunkt für diese Fragestellung sind die großen Unterschiede, die sich hinsichtlich der Inflationsrate in den OECD-Ländern in der Zeit nach 1973 ergaben. Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht der Versuch, darauf eine politisch-institutionelle Antwort zu geben. Drei Variablen zeigen, einzeln und kombiniert, Erklärungskraft: das Ausmaß an sozialem Frieden, gemessen durch die Konfliktträchtigkeit der Arbeitsbeziehungen; die politische Unabhängigkeit der Zentralbank und schließlich die Leichtigkeit, mit der der Zentralstaat expansive Fiskalpolitik betreiben kann.*

## I. Einleitung

Inflation<sup>1</sup> steht Mitte der 90er Jahre in den Industrieländern nicht mehr an oberster Stelle der Liste wirtschaftspolitischer Probleme. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate hat mit 2,5% im Jahr 1993<sup>2</sup> einen Tiefststand seit über 30 Jahren erreicht. Deshalb kann man bisweilen hören, das Problem der Inflation sei gelöst. Doch eine solche Aussage ist eher Ausweis eines beschränkten Blickfeldes als besonderer Weitblick: Blickt man über die westlichen Industrieländer hinaus in die mit Transformationsproblemen kämpfenden Länder Mittel- und Osteuropas oder in die Marktwirtschaften der Dritten Welt, so sieht man, daß dort hohe Inflationsraten nach wie vor auf der Tagesordnung stehen und ökonomische wie politische Probleme verursachen. Daher erscheint die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema weiterhin gerechtfertigt und geboten. Die Debatte um die geplante Europäische Währungsunion ist ein weiterer Anlaß, nach den institutionellen Voraussetzungen und Bedingungen möglichst inflationsfreien Wirtschaftens zu fragen. Sie zeigt, daß hier bei weitem noch kein Konsens besteht. Dieser Artikel soll dazu beitragen, den Blick neben den ökonomischen

1 Für die Messung von Preissteigerungsraten gibt es verschiedene Indikatoren, die jeweils bestimmte Aspekte messen. Im folgenden wird die Inflationsrate mittels des Verbraucherpreisindex gemessen, und zwar aus drei Gründen: zum einen ist dieser Indikator der Allgemeinheit am vertrautesten und spielt deshalb die wichtigste Rolle in der Politik; zweitens dient er oft als Indikator bei Lohnaushandlungsprozessen, und schließlich sind für diesen Indikator international vergleichbare Daten von der OECD erhältlich.

2 Berechnung des Autors nach OECD 1994. Hierbei – wie generell in diesem Artikel – werden unter den OECD-Ländern die üblicherweise in der vergleichenden Policy-Forschung zugrundegelegten 18 seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich demokratisch regierten OECD-Länder verstanden. Eine Aufzählung findet sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Durchschnittliche Inflationsraten in OECD-Ländern, verschiedene Jahre

|                | 1965-1993 | Rang | 1965-1973 | Rang | 1973-1986 | Rang | 1986-1993 | Rang |
|----------------|-----------|------|-----------|------|-----------|------|-----------|------|
| Australien     | 7,29      | 12   | 4,6       | 7    | 10,2      | 13   | 5,7       | 16   |
| Belgien        | 5,16      | 5    | 4,3       | 4    | 7,2       | 6    | 2,4       | 4    |
| BRD            | 3,64      | 1    | 3,8       | 1    | 4,3       | 2    | 2,3       | 3    |
| Dänemark       | 6,98      | 11   | 6,7       | 17   | 9,3       | 11   | 3,2       | 8    |
| Finnland       | 7,54      | 14   | 5,9       | 13   | 10,4      | 14   | 4,3       | 12   |
| Frankreich     | 6,63      | 9    | 4,8       | 9    | 9,7       | 12   | 2,9       | 6    |
| Großbritannien | 8,37      | 15   | 5,9       | 13   | 11,5      | 15   | 5,1       | 14   |
| Irland         | 8,80      | 16   | 6,7       | 17   | 13,3      | 17   | 3,0       | 7    |
| Italien        | 9,39      | 18   | 4,5       | 5    | 14,6      | 18   | 5,6       | 15   |
| Japan          | 5,22      | 6    | 6,2       | 16   | 6,8       | 5    | 1,6       | 1    |
| Kanada         | 5,90      | 8    | 4,1       | 2    | 8,2       | 8    | 3,9       | 11   |
| Neuseeland     | 9,14      | 17   | 5,9       | 13   | 13,0      | 16   | 6,5       | 18   |
| Niederlande    | 4,64      | 4    | 5,7       | 12   | 5,6       | 3    | 1,6       | 1    |
| Norwegen       | 6,82      | 10   | 5,6       | 11   | 8,8       | 9    | 4,9       | 13   |
| Österreich     | 4,50      | 3    | 4,5       | 5    | 5,6       | 3    | 2,7       | 5    |
| Schweden       | 7,31      | 13   | 5,3       | 10   | 9,2       | 10   | 5,9       | 17   |
| Schweiz        | 4,07      | 2    | 4,7       | 8    | 4,2       | 1    | 3,2       | 8    |
| USA            | 5,48      | 7    | 4,1       | 2    | 7,2       | 6    | 3,8       | 10   |
| Durchschnitt   | 6,49      |      | 5,2       |      | 8,8       |      | 3,8       |      |
| Standardabw.   | 1,72      |      | 0,9       |      | 2,9       |      | 1,5       |      |
| Var.Koeff.     | 0,26      |      | 0,17      |      | 0,33      |      | 0,39      |      |

Quelle: Busch (1995) und OECD (1994).

mischen auch auf die *politischen* Faktoren zu lenken, die einen Einfluß auf die Neigung eines Landes (oder eines Währungsgebietes) zu Inflation oder Preisstabilität haben.

## II. Inflation im OECD-Bereich

Wie Tabelle 1 zeigt, variierte die Inflationsrate im OECD-Bereich in den letzten 30 Jahren sowohl über die Zeit wie auch zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Dabei schwankte die jährliche Inflationsrate zwischen so unterschiedlichen Werten wie 24,5% (in Japan 1974) und -0,7% (in den Niederlanden 1987).

Sehr interessant ist die große Varianz zwischen den verschiedenen zeitlichen Unterperioden. Zwischen 1965 und 1973 sind die Werte in den einzelnen OECD-Ländern nicht sehr unterschiedlich, wie man an der niedrigen Standardabweichung von 0,9 und dem Variationskoeffizienten von 0,17 sehen kann. Man kann sagen, daß die Abweichungen *zwischen* den Ländern in dieser Periode nicht größer waren als die Schwankungen der Inflationsraten *innerhalb* der Länder, etwa zwischen den verschiedenen Regionen der Vereinigten Staaten (Cassel 1990: 305). Nach 1973 jedoch zeigt sich ein klarer Unterschied: Die durchschnittliche Inflationsrate steigt von 5,2% auf 8,8% (1973-1986) deutlich an (zwischen 1973 und 1980 betrug sie sogar 10,2%). In Italien z.B. verdreifacht sich die durchschnittliche jährliche Inflationsrate von 4,5% auf 14,6%, in Frankreich und Großbritannien verdoppelt sie sich. Doch steigt nicht nur der Durchschnitt, sondern offenbar steigen auch die Unterschiede zwischen den Län-

dern, wie man an der Verdreifachung der Standardabweichung und der Verdoppelung des Variationskoeffizienten ablesen kann. Und der Anstieg der Inflationsrate scheint nicht zwangsweise: Die Schweiz und die Niederlande können im Durchschnitt der beiden Perioden ihre Inflationsrate *senken*. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1993 gibt es einen erneuten Szenenwechsel: Die durchschnittliche Inflationsrate sinkt dramatisch auf 3,8%, doch gibt es keine Rückkehr zum einheitlichen Bild der 60er Jahre: Die Varianz zwischen den Ländern bleibt (mit einem Variationskoeffizienten von 0,39) hoch.

Der Zeitraum vor 1973 unterscheidet sich also empirisch deutlich von dem nach 1973. Dafür können zwei Gründe angeführt werden: Zum einen markiert 1973 das Jahr, in dem das nahezu dreißig Jahre lang existierende Regime fester Wechselkurse, das sogenannte „System von Bretton Woods“, auseinanderbrach. Unter diesem Regime waren die Wechselkurse festgelegt und die für die Geldpolitik zuständigen Behörden der Mitgliedsländer waren verpflichtet, diese Wechselkurse durch geldpolitische Maßnahmen zu stützen. Damit unterwarfen sich die Teilnehmerstaaten einer erheblichen Einschränkung ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität: Nationale geldpolitische Prioritäten zu verfolgen, etwa hinsichtlich der Inflationsrate, war nur in sehr begrenztem Ausmaß möglich. Nach dem Ende dieses Systems bestand eine solche Einschränkung nicht mehr: Die Wechselkurse durften nun frei schwanken und eine souveräne Geldpolitik wurde für alle Staaten möglich. Daraus folgt auch, daß z.B. nationale Präferenzen hinsichtlich der Inflationsrate nun prinzipiell durchgesetzt werden konnten. Der zweite Grund für einen „Periodenwechsel“ nach 1973 ist ein wirtschaftsgeschichtlicher. Das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ endete und die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten häuften sich. Der Ölpreisschock führte zu einem inflationären Impuls in den erdölimportierenden Ländern – und das waren (in unterschiedlichem Ausmaß) alle OECD-Länder. Doch aus der Gemeinsamkeit dieses Schocks für alle Länder ergibt sich, gemeinsam mit der weiter oben dargelegten Variation der nationalen Inflationsprofile, eine interessante Fragestellung, die man wie folgt formulieren kann: „How and why did essentially common global economic forces lead to such divergent patterns in the behaviour of national inflation rates?“ (Solomon 1984: VII). Betrachtet man die Daten in Tabelle 1, so wird deutlich, daß einige Länder in den letzten 30 Jahren sehr erfolgreich bei der Bekämpfung der Inflation waren (die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, Österreich oder die Niederlande), während andere (wie Irland, Italien oder Neuseeland) anhaltend unter hohen Inflationsraten litten. In diesem Artikel soll versucht werden, diese Unterschiede mit einem auf politisch-institutionellen Variablen basierenden Modell zu erklären. Als Untersuchungszeitraum wird die Periode 1973 bis 1986 aus zwei Gründen gewählt: Zum einen war hier die durchschnittliche Inflationsrate am höchsten und das politische Problem am evidentesten, zum anderen änderten sich im Zeitraum nach 1986 durch die veränderte Handhabung des Europäischen Währungssystems (EWS) die Rahmenbedingungen (s.u.).

### III. Der Forschungsstand in Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft

Zunächst soll jedoch ein kurzer Blick auf bisherige Erklärungsversuche geworfen werden. Die Wirtschaftswissenschaft hat natürlich von allen Fachdisziplinen bisher dem Thema Inflation die größte Aufmerksamkeit gewidmet.<sup>3</sup> Zahllose Theorien und Ansätze zur Erklärung des Entstehens und der Ausbreitung von Inflation sind von Ökonomen verfaßt worden. Dennoch hat sich bisher keine Theorie als allgemein anerkannt gegen andere Erklärungsansätze durchgesetzt (Woll 1981; Parkin 1992). Zudem ist eine starke Varianz der bevorzugten Erklärungsmodelle über die Zeit festzustellen, die auch einen Einfluß auf die Formulierung und Durchführung von Wirtschaftspolitik gehabt hat: So wurde in den 60er und frühen 70er Jahren von den Ökonomen Kostendruck (v.a. verursacht durch übermäßige Lohnsteigerungen) als Hauptursache der Inflation gesehen und als Konsequenz in vielen Ländern irgendeine Form von Lohnpolitik betrieben. Ab Mitte der 70er Jahre änderte sich das: Mit der wachsenden Vorherrschaft monetaristischen Gedankenguts unter den Ökonomen (vgl. Rothschild 1986) trat ein fast völliger Sinneswandel ein. Das übermäßige Ansteigen der Geldmenge wurde nun als (oft einzige) Ursache der Inflation gesehen, entsprechende Politikveränderungen waren die Folge.

Aus heutiger Sicht sind in der Entwicklung der Ökonomie drei Hauptgruppen von Theorien zur Inflation zu unterscheiden, die teilweise aufeinander aufbauen, teilweise aber auch mit geänderten wirtschaftspolitischen Problemlagen zu tun haben: die „traditionellen“ und die „neueren“ Theorien (Frisch 1984) sowie Theorien über das Verhalten geldpolitischer Akteure (Parkin 1992). Doch an allen Ansätzen des ökonomischen Mainstreams kann zumindest in vier Punkten Kritik geübt werden:

1. *Institutionelle Faktoren* wie etwa die Struktur des Lohnaushandlungssystems oder die Stellung der Zentralbank im politischen System werden in der ökonomischen Analyse nur unzureichend berücksichtigt. Diese Institutionen sind jedoch die Faktoren, die von Land zu Land unterschiedlich sind und somit eine primäre Quelle der internationalen Differenzen z.B. in bezug auf die Inflationsrate sein können.
2. *Der Mangel an systematischem internationalem Vergleich* ist dafür wahrscheinlich eine Hauptursache, die wohl daher rührt, daß die heutige Ökonomie sich als eine Art Theorie allgemeiner Gesetzmäßigkeiten versteht, die unter allen Umständen gleiche (oder zumindest ähnliche) Resultate erwartet. In Wirklichkeit hat die Ökonomie oft einen versteckten *bias*, da die institutionellen Gegebenheiten des Entstehungslandes einer Theorie nicht reflektiert, sondern als gegeben angenommen werden. Beim „Export“ in andere institutionelle Umgebungen muß dies zu Problemen führen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Ausführlicher zu ökonomischen Inflationstheorien und zur Kritik an ihnen Busch (1995: 22-33).

<sup>4</sup> Dies kann man etwa demonstrieren bei den monetaristischen Theorien (Friedman/Schwartz 1963; 1970), insbesondere zum Zusammenhang zwischen staatlichen Budgetdefiziten und Geldmenge oder zwischen Geldmenge und Inflation. Systematisch vergleichende Analysen haben nämlich gezeigt, daß hinsichtlich dieser Zusammenhänge die USA (auf deren Beispiel diese Theorien beruhen) eher eine Ausnahme als die Regel unter den Industrieländern sind (Cameron 1985). Auch die auf britischen Daten beruhende „Phillips-Kur-

3. In *Fallstudien* zur Erklärung von Inflation (z.B. zum Fall Deutschland: Borchardt 1982; Kloten et al. 1985) bedienen sich Ökonomen gern außerökonomischer Faktoren (wie der Erfahrung von Hyperinflation; der weitgehenden Abwesenheit von Konflikten in der Gesellschaft etc.), doch werden diese Variablen nicht in die theoretischen Erklärungsmodelle integriert. John Goldthorpe (1978: 186f.) hat jedoch darauf hingewiesen, daß die Einführung solcher „Residualkategorien“ auf Defizite im theoretischen Analyserahmen hinweist.
4. Schließlich kann man diesen Ansätzen allgemein vorwerfen, daß sie nur die *Quellen*, nicht jedoch die zugrundeliegenden sozio-ökonomischen *Ursachen* der ökonomischen Vorgänge erklären. In Mancur Olsons Worten (1982: 4): „[T]hey trace the water in the rivers to the streams and lakes from which it comes, but they do not explain the rain.“

Zusammenfassen kann man die Kritik wie folgt: Ökonomische Theorien alleine können erklären, *wie* Wachstum oder Inflation zustandekommen, aber sie allein können nicht erklären, *warum* (Hirsch 1978: 263).

Die anderen Sozialwissenschaften haben teilweise versucht, die hier angeführten Kritikpunkte zu berücksichtigen. Allerdings haben sie sich nicht allzu intensiv mit der hier angesprochenen Fragestellung beschäftigt – wirtschaftspolitische Forschung in diesen Disziplinen hat sich in weit stärkerem Maße der Erforschung der Determinanten von Arbeitslosigkeit und der Analyse von Arbeitsmarktpolitik gewidmet. Die meisten Analysen zum Thema Inflation stammen von Ende der 70er Jahre (Hirsch/Goldthorpe 1978; Lindberg/Maier 1985), als ein offenkundiger Problemdruck eine Themenkonjunktur schuf.

Drei Hauptgruppen von Erklärungsansätzen können hier unterschieden werden: zum einen *gruppen- und klassenzentrierte Ansätze*, Theorien, die Inflation als ein *Ergebnis politischen Handelns* begreifen, und schließlich Ansätze, die *institutionelle Strukturen* in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen. In die erste Gruppe fallen etwa die Arbeiten von Korpi (1983: 180ff.), von Maier (1978) und von Goldthorpe (1978). Während Korpi im Rahmen seiner Arbeit über den „demokratischen Klassenkampf“ den Anstieg der Inflation in den westlichen Ländern etwas pauschal aus der Zunahme der Verteilungskämpfe zwischen Klassen und Großgruppen erklärt und in der Inflation ein Mittel der Kapitaleseite gegen die gestiegene Verhandlungsmacht der Gewerkschaften sieht, betont Maier die Wichtigkeit sozialer Koalitionen und zeigt die Funktionalität schleichender Inflation als soziales Schmiermittel, das das Nicht-Eintreffen realen Wachstums überdecken und somit den sozialen Konsens aufrechterhalten könne. Doch beiden Ansätzen (wie auch der auf der Verschiebung der Kräfteverhältnisse in sozialen Konflikten beruhenden Analyse John Goldthorpes) kann man den Vorwurf machen, daß mit ihnen zwar der *Anstieg* der durchschnittlichen Inflationsraten erklärt werden kann, nicht jedoch die erheblichen *Unterschiede* bei diesem Anstieg. Hierzu erscheinen die zweite und die dritte Gruppe von Theorien besser geeignet, da sie mit länderspezifischen Variablen operieren. Zu nennen sind hier v.a. die Ansätze von Hibbs (1977), Cameron (1985), Crouch (1985) und Woolley (1985). Die letzten beiden Beiträge rücken

---

ve“ gehörte jahrzehntelang zum analytischen Repertoire der Ökonomie, obwohl ein ähnlicher empirischer Zusammenhang z.B. in den USA nie festgestellt werden konnte (Leijonhufvud 1968).

die Struktur des Lohnaushandlungssystems bzw. die nationalen Zentralbanken in das Zentrum der Analyse. Nationale Unterschiede können hier jeweils einen Teil der Inflationsvarianz erklären. David Cameron zeigt in einem systematischen Vergleich von 21 OECD-Ländern, daß sich die (monetaristische) These, Inflation werde letztlich durch das Wachstum der staatlichen Budgetdefizite und deren Einfluß auf die Geldmenge verursacht, nicht halten läßt. Douglas Hibbs' parteipolitische Hypothese schließlich war einer der Hauptbeiträge der Politikwissenschaft zur Erklärung der Inflation. Sie sieht deren Höhe als durch die Machtbeteiligung unterschiedlicher Parteien bestimmt (die unterschiedliche makroökonomische Ziele verfolgen). So bevorzugen nach dieser Theorie rechte Parteien Preisstabilität, während linke Parteien Vollbeschäftigung anstreben und dabei eine höhere Inflation in Kauf nehmen. Während Hibbs diese These für 12 OECD-Länder und den Zeitraum 1960 – 1969 testet und empirische Unterstützung findet, ergibt eine Überprüfung für 18 OECD-Länder und den Zeitraum 1974 – 1988 eine klare Zurückweisung der parteipolitischen Hypothese: Die Korrelationskoeffizienten zwischen der Inflationsrate und der parteipolitischen Kontrolle (gemessen am Anteil der Kabinettsitze) liegen zwischen  $r = -0,02$  und  $r = 0,01$ , es besteht also überhaupt kein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen (Busch 1995: 61).

Abschließend ist an den existierenden soziologischen und politikwissenschaftlichen Ansätzen zu kritisieren, daß die in ihnen angesprochenen Variablen zwar grundsätzlich einen Beitrag zur Erklärung der hier untersuchten Fragestellung leisten können, daß jedoch jeweils nur einzelne Hypothesen getestet werden und daß die Ländersamples unterschiedlich und z.T. zu klein sind. Ein systematischer Vergleich, der mehrere dieser Erklärungsvariablen kombiniert und testet, kann jedoch vielversprechend sein.

#### *IV. Ein politisch-institutionelles Modell zur Erklärung von Inflationsunterschieden*

Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, daß ökonomische, soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze bisher keinen großen Beitrag zur Klärung der Frage leisten konnten, warum die Inflationsraten in den OECD-Ländern nach 1973 so deutlich differierten. Im folgenden Abschnitt soll nun eine Reihe von Variablen vorgestellt werden, die diese Unterschiede zu einem großen Teil erklären können. Der Schwerpunkt der Analyse wird dabei auf institutionellen Variablen liegen, die einen Einfluß auf ökonomische Ergebnisse haben.

Ein solcher institutioneller Ansatz ist verschiedentlich theoretisch begründet worden (Scharpf 1983; 1985). Dabei wurde argumentiert, daß die menschliche Natur zwar prinzipiell offen ist, aber menschliches Verhalten „institutionell geprägt und begrenzt [wird] durch kulturelle Traditionen, soziale Normen, formale und informelle Organisationen, etablierte Interorganisationsbeziehungen sowie durch die Macht- und Abhängigkeitsstrukturen sozio-ökonomischer und politischer Makro-Systeme“ (Scharpf 1983: 10). Institutionen, die historisch kontingent sind, prägen „Wollen, Können und Handeln in sozialen Bezügen“ (ebd.: 15). Ein auf Institutionen abstellender Erklärungsansatz kann somit dem prinzipiell raumzeitlich universalistischen Anspruch ökonomischer Theorien gegenüber- bzw. an die Seite gestellt werden. Denn Institu-

tionen „sind für die Politik von Bedeutung, weil sie Handlungspotentiale und Handlungsschranken darstellen“ (Scharpf 1985: 167).

Ein sich an diesen Überlegungen orientierender institutioneller Ansatz ist in der Politikwissenschaft bereits mit großem Erfolg angewandt worden. Hervorstechend sind die Beiträge zur Analyse von Arbeitsmarktpolitik (Scharpf/Brockmann 1983; Schmid/Reissert/Bruche 1987; Schmidt 1988), aber auch bei der allgemeinen Analyse von Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitischen Strategiewechseln hat er sich bewährt (Hall 1986; Scharpf 1987; Lehmbruch 1989). Die erwähnten Arbeiten haben den großen Einfluß institutioneller Arrangements auf die untersuchten Politikbereiche deutlich gemacht. Im vorliegenden Artikel wird nun der Versuch unternommen, einen institutionell orientierten Ansatz auf die Erklärung der Erfolge und Mißerfolge der Preisstabilitätspolitik anzuwenden. Dabei stehen drei Variablen im Mittelpunkt: das Ausmaß an Streiktätigkeit in einem Land, die Unabhängigkeit der Zentralbank von politischer Einflußnahme durch die Regierung und schließlich das Ausmaß an Schwierigkeit, auf das eine staatliche fiskalpolitische Expansion stößt.

### 1. Streiktätigkeit

Inflation wird oft, darauf wurde bereits weiter oben in diesem Artikel hingewiesen, als eine Form von Verteilungskampf interpretiert. Es ist daher wahrscheinlich, daß sie vor allem in Ländern verstärkt auftritt, die durch ein hohes Maß an sozialem Dissens gekennzeichnet sind. Da man diesen Dissens direkt aber nur schwer messen kann, liegt es nahe, das Ausmaß an Streiktätigkeit als ein Näherungsmaß zu verwenden.<sup>5</sup> Dies ist im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung zudem auch ökonomisch sinnvoll, da eine hohe Streiktätigkeit eng mit hohen Lohnsteigerungen zusammenhängt und von daher als ein Kostendruck-Faktor interpretiert werden kann, der den inflationären Druck erhöht (Allsopp 1982; Cameron 1984: 157).

Die Streiktätigkeit wird im folgenden gemessen als jährlich durch Streik verlorengangene Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte in den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren,<sup>6</sup> um die vom Internationalen Arbeitsamt in Genf erhältlichen Streikdaten hinsichtlich der unterschiedlichen Größe der Volkswirtschaften zu korrigieren und somit international vergleichbar zu machen. Anhand der Daten (vgl. Tabelle 2) kann nun die Hypothese vom Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Streiktätigkeit und der Höhe der Inflationsrate in der Periode zwischen 1974 und 1986 überprüft werden. Eine Korrelationsanalyse deutet auf einen engen Zusammenhang: Er beläuft sich für die Zeitperiode von 1974 bis 1985 auf  $r = 0,78$ .<sup>7</sup> Länder mit niedrigen Streikkoeffizienten (wie etwa die Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder die Schweiz) wiesen deutlich niedrigere Inflationsraten auf als Länder mit hoher Streiktätigkeit (wie Italien, Kanada oder Irland).

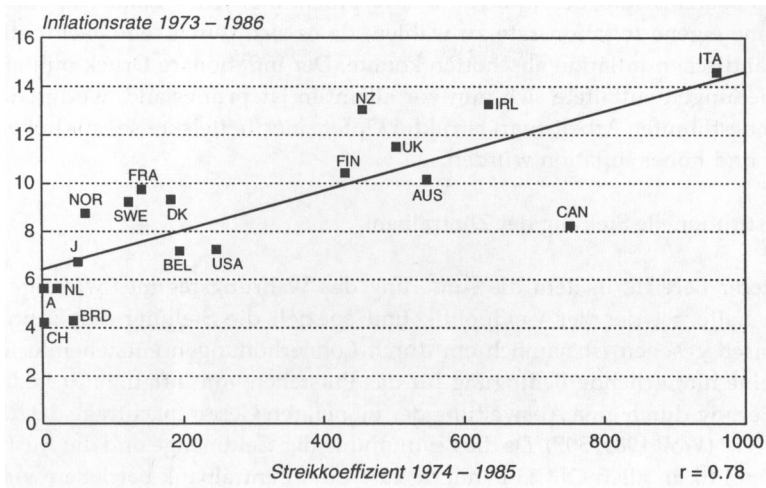
Freilich wird durch diese Korrelation die Frage der *Kausalität* noch nicht geklärt. Es

5 Zu einem ähnlichen Vorgehen siehe etwa McCallum (1983).

6 Für ein ähnliches Vorgehen siehe McCallum (1983), Cameron (1984) oder Armingeon (1992). Die Daten zur Streiktätigkeit wurden berechnet nach verschiedenen Jahrgängen des ILO-Yearbook.

7 Dies entspricht präzise der von David Cameron (1984: 157) für 18 Länder für den Zeitraum von 1965 bis 1981 berechneten Korrelation.

Abbildung 1: Streikkoeffizienten und Inflationsraten in 18 OECD-Ländern, 1974-1985



könnte ja auch sein, daß hohe Inflationsraten zu einem Anstieg der Streiktätigkeit führen, da versucht wird, Realeinkommen zu halten. Eine detailliertere Betrachtung dieser Frage führt jedoch zu dem Schluß, daß im hier untersuchten Zeitraum die Kausalität von den Streiks hin zur Inflation verlief (Busch 1995: 86-91).<sup>8</sup> Es kann gezeigt werden, daß hohe Inflationsraten in einer Periode *nicht* zu höherer Streiktätigkeit in der nächsten Periode führen. Vielmehr zeigt sich, daß das Ausmaß der Streiktätigkeit, unabhängig von der Höhe der Inflationsrate, über die Zeit in einem Land mehr oder weniger invariant ist. Dies paßt auch gut zu den Ergebnissen der Forschung über Gewerkschaften und den Einfluß organisatorisch-institutioneller Variablen auf die Neigung zu Arbeitskämpfen. Sie zeigen, daß zwischen beiden Faktoren ein deutlicher Zusammenhang besteht.<sup>9</sup> Die Neigung zu Arbeitskämpfen wird demzufolge durch Faktoren wie den Zentralisierungsgrad des Gewerkschaftssystems, das Ausmaß an ideologischen Differenzen zwischen den Teilgewerkschaften, die Struktur des Lohn-aushandlungssystems und den Grad der Einbindung der Gewerkschaften in die staatlich-politische Arena bestimmt und nicht von kurzfristigen ökonomischen Schwankungen (Crouch 1985; Armingeon 1992).

Eine wichtige Rahmenbedingung für das „Durchschlagen“ von Streiks auf die Inflationsrate besteht jedoch noch im Währungsregime. Im Zeitraum von 1965 bis 1973 besteht nämlich *kein* empirischer Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und dem Streikkoeffizienten ( $r = -0,10$ ). Unter dem System von Bretton Woods waren die Mitgliedsländer verpflichtet, die festen Wechselkurse geldpolitisch zu stützen, weshalb die Inflationsraten nicht stark voneinander abweichen konnten (vgl. Tabelle 1). Der von Streiks und hohen Lohnsteigerungen ausgehende inflationäre Druck wurde so mehr oder weniger gleichmäßig im gesamten System verteilt und hatte deshalb keinen

<sup>8</sup> Zum selben Ergebnis kommt z.B. auch Brown (1985: 306f.).

<sup>9</sup> Dieser rechtfertigt es auch, die Streiktätigkeit gewissermaßen als abgeleitete Größe im Rahmen eines institutionellen Modells zu verwenden.

großen Einfluß auf die Inflationsrate des Ursprungslandes. Dies änderte sich mit dem Ende des Systems und der Interventionsverpflichtung: Jedes Land war nun in der Lage, seine eigene Inflationsrate zu wählen, da es sich durch seine Geldpolitik von der ausländischen Inflation abschotten konnte. Der inflationäre Druck militanter Arbeitsbeziehungen entfaltete sich nun vor allem im Ursprungsland, wodurch Länder mit einer bestimmten Arbeitsmarktstruktur Opfer eines Teufelskreises aus hoher Streiktätigkeit und hoher Inflation wurden.

## 2. Die institutionelle Stellung der Zentralbank

Ein weiterer Bereich, in dem die Änderung des Währungsregimes wichtige Konsequenzen hatte, ist der der Geldpolitik und speziell die Stellung der Zentralbank. Ökonomisch gesehen ist nämlich ein durch Lohnerhöhungen entstehender Kostendruck keine hinreichende Bedingung für das Entstehen von Inflation: Er bedarf „der Alimentierung durch eine Ausweitung der monetären Gesamtnachfrage, letztlich der Geldmenge“ (Woll 1981: 507). Da die Bestimmung der Geldmenge und die Ausführung der Geldpolitik in allen OECD-Ländern durch die Zentralbank betrieben wird, muß dieser besonderes Interesse gelten.

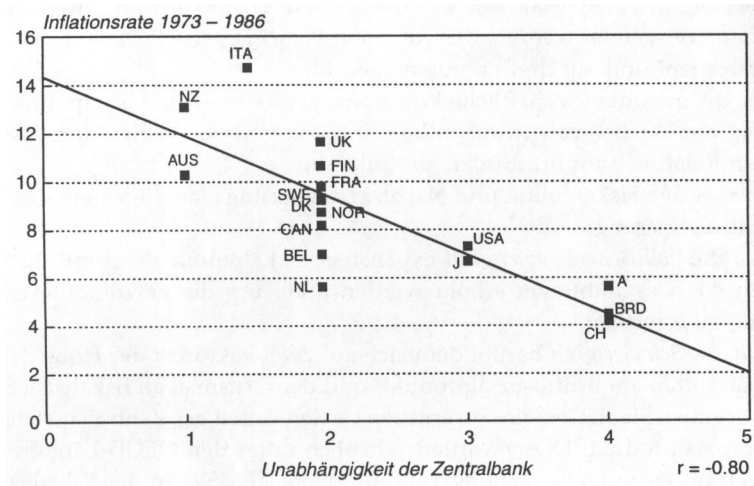
Zentralbanken haben wichtige makroökonomische Instrumente zu ihrer Verfügung: Sie setzen z.B. Diskontsätze fest, üben Einfluß auf das Zinsniveau aus und beeinflussen die Kosten und die Erhältlichkeit von Kredit. Ob sie freilich als eigenständige wirtschaftspolitische Akteure zu betrachten sind, hängt davon ab, in welchem Ausmaß sie tatsächlich eine von der Regierung unabhängige Politik betreiben können. Da Politikern und Regierungen oft ein Interesse an (zumindest mäßiger) Inflation unterstellt wird, um auf diese Weise Verteilungskonflikte abzufedern (Alesina 1989; Woolley 1992), kann man die Hypothese aufstellen, daß Preisstabilität durch eine strikte Kontrolle der Geldpolitik eher in solchen Ländern erreicht wird, in denen die Zentralbanken von der Regierung und somit von deren politischen Erwägungen unabhängig sind. Ohne weiter auf das Pro und Contra einer unabhängigen Zentralbank eingehen zu wollen,<sup>10</sup> kann nur konstatiert werden, daß die institutionellen Regelungen und mit ihnen die Unabhängigkeit der Zentralbanken im OECD-Bereich erheblich variieren (Goodhart 1988; Cukierman 1992). Soll die obige Hypothese überprüft werden, ist eine Umsetzung dieser Unterschiede in einen Indikator nötig. Leider haben alle in der Literatur existierenden Indikatoren in theoretischer Hinsicht z.T. beträchtliche Defizite (Busch 1995: 105ff.). Um dennoch einen Hypothesentest zu ermöglichen, wird im folgenden ein Indikator verwandt, der (mit leichter Modifikation, vgl. Busch 1995: 110) auf den Daten von Alesina (1989) basiert (Daten in Tabelle 2).

Das Ergebnis der Überprüfung ist eine deutliche Unterstützung für die getestete Hypothese: der Korrelationskoeffizient beträgt  $r = -0,80$ .<sup>11</sup> Das macht deutlich, daß eine unabhängige Zentralbank offenbar ein effektives Mittel zur Eindämmung der Inflation ist (siehe auch Grafik 2). Sollten Regierungen tatsächlich, wie die ökonomische

10 Eine Diskussion der Argumente für und wider die Unabhängigkeit der Zentralbank in einem demokratischen Staat findet sich mit einer Fülle weiterführender Hinweise bei Caesar 1980.

11 Ähnliche Ergebnisse bei Alesina (1989) oder Caesar (1981).

Abbildung 2: Zentralbankunabhängigkeit und Inflationsrate, 1973-1986



Theorie der Politik unterstellt, auf Inflation aus sein, so treffen sie in unabhängigen Zentralbanken auf starke Gegenspieler. Zentralbanken, die unter starkem Regierungseinfluß stehen, können hingegen offenbar in verschiedener Weise politisch manipuliert werden und somit die Inflation nicht so effektiv bekämpfen. Diese Aussagen gelten unter der Randbedingung eines Systems flexibler Wechselkurse, denn nur in einem solchen hat Geldpolitik wirklich einen Spielraum, ihre Prioritäten hinsichtlich der Inflation umzusetzen.

### 3. Fiskalpolitik und Inflation

Ein dritter Faktor, der einen Erklärungsbeitrag für die Neigung eines Landes zu Inflation im Zeitraum 1973 bis 1986 leisten kann, ist der Schwierigkeitsgrad expansiver Fiskalpolitik. Expansive Fiskalpolitik kann inflationäre Konsequenzen haben, entweder über eine Ausweitung des Staatsdefizits oder durch eine Erhöhung der Gesamtnachfrage, die nicht auf eine Situation der konjunkturellen Unterauslastung trifft (Cassel 1990; Peffekoven 1990). Ihr Einsatz zum Zweck makroökonomischer Steuerung hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, etwa von zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Doktrinen oder von verschiedenen parteipolitischen Präferenzen. Aber auch institutionelle Faktoren spielen hier eine Rolle. Denn der Einsatz makroökonomischer Politik zum Zweck der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung ist eine Aufgabe der nationalen Ebene, d.h. eventuell vorhandene sub-nationale oder regionale Einheiten spielen hierbei keine Rolle (Hughes/Smith 1991: 439). Dies ergibt sich v.a. aus makroökonomischen Effizienzerwägungen, da auf der sub-nationalen Ebene Stabilisierungspolitik unkoordiniert und damit weniger effizient ablaufen würde oder (alternativ) Koordinierungsversuche zusätzliche (oft politische) Kosten verursachen und eventuelle *free rider*-Probleme schaffen würden. Daraus kann man die Hypothese ableiten, daß eine expansive Fiskalpolitik (und damit auch ein Einfluß

auf die Inflationsrate) um so wahrscheinlicher ist, je größer das Ausmaß an fiskalischer Zentralisierung in einem Staat ist. Um diese These einem Test zu unterwerfen, soll ein Indikator verwendet werden, der auf einen Vorschlag von Fritz W. Scharpf (1987: 263f.) zurückgeht und auf drei Prämissen beruht:

- Erstens: die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer expansiven Fiskalpolitik (sowohl in bezug auf Wachstum wie auf Inflation) hängt von der Menge der eingesetzten Mittel in Relation zum Bruttosozialprodukt ab;
- zweitens: aktive Fiskalpolitik und Nachfragesteuerung sind allgemein die Aufgabe der Zentralregierung; und
- drittens: die *politische Schwierigkeit* expansiver Fiskalpolitik steigt mit dem Anteil, um den das Gesamtbudget erhöht werden muß, um die gewünschte expansive Wirkung zu erreichen.

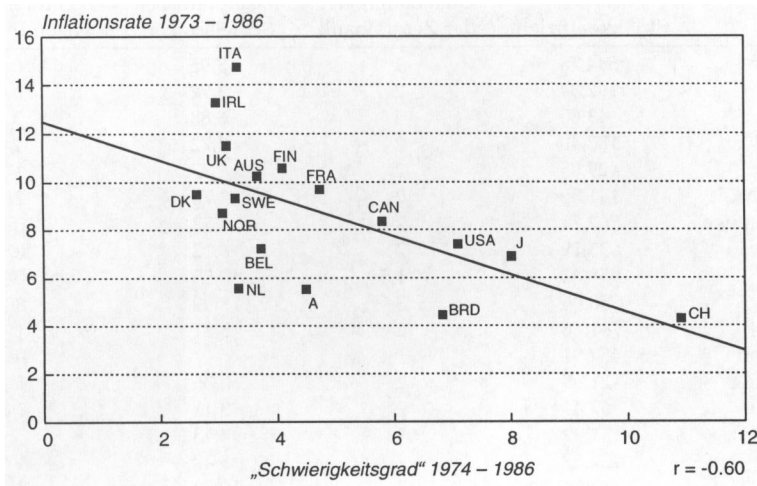
Diese *politische Schwierigkeit* beruht demnach auf zwei Faktoren: der Höhe der Staatsquote (Staatsanteil am Bruttosozialprodukt) und dem Ausmaß an fiskalischer Zentralisierung in einem Staat. Gemeinsam ergeben sie den Anteil des Zentralstaatshaushalts am Bruttosozialprodukt. Dieser variiert erheblich unter den OECD-Ländern: In Dänemark beträgt er im Untersuchungszeitraum mehr als 35%, in der Schweiz liegt er unter 10% (Busch 1995: 120). In föderalen Staaten (wie den Vereinigten Staaten oder der Bundesrepublik) tendiert er zu deutlich niedrigeren Werten als in unitarischen wie den Niederlanden oder Großbritannien. Um etwa einen fiskalischen Impuls in Höhe von 1% des Bruttosozialprodukts zu erreichen, müssen die Zentralstaatshaushalte in sehr unterschiedlichem Maße erhöht werden, und entsprechend unterschiedlich ist die zu überwindende politische Schwierigkeit: In der Schweiz müßte das Zentralstaatsbudget um 10,8% erhöht werden, in Dänemark genügte eine Expansion um 2,7%. Die Daten für diesen „fiskalischen Schwierigkeitsgrad“ sind für alle untersuchten Länder in Tabelle 2 aufgeführt.<sup>12</sup>

Sie ermöglichen nun einen Test der weiter oben in diesem Abschnitt angeführten Hypothese, allerdings unter einem Vorbehalt. Sicher ist dies ein relativ grobes Maß. Über die Zeit ändert sich dieser „fiskalische Schwierigkeitsgrad“ nur sehr wenig, dennoch wissen wir, daß es in den betrachteten Ländern erhebliche (nicht zuletzt parteipolitisch bedingte) Unterschiede in dem Ausmaß gibt, in dem expansive Fiskalpolitik benutzt wird – man denke nur an das Beispiel Großbritanniens in den 70er und 80er Jahren. Dennoch soll hier argumentiert werden, daß dieser institutionelle Faktor langfristig und im internationalen Vergleich seine Wirkung zeigt. Grafik 3 und ein Korrelationskoeffizient von  $r = -0,60$  bestätigen dies.

Vier der fünf Länder mit dem höchsten Maß für „fiskalische Schwierigkeit“ sind föderal organisiert, das einzige unitarische Land in dieser Gruppe, Japan, weist einen geringen Grad an fiskalischer Zentralisierung auf. Im Gegenzug sind die Länder mit einem niedrigen „Schwierigkeitsgrad“ im allgemeinen unitarische Länder, und die beiden Ausnahmen Österreich und Australien sind föderale Staaten mit einem nichtsdestotrotz hohen Maß an fiskalischer Zentralisierung (Lijphart 1984: 178). Daß ein höherer „Schwierigkeitsgrad“ auch tatsächlich zu einer größeren Zurückhaltung des Staates bei fiskalischer Expansion führt, wird aus einer Gegenüberstellung dieser Daten mit Daten zur Staatsverschuldung (Grilli 1992: 43) deutlich: hier ergeben sich

<sup>12</sup> Daten nach Busch (1995: 120).

Abbildung 3: Fiskalpolitische „Schwierigkeit“ und durchschnittliche Inflationsrate, 1974-1986



deutliche negative Korrelationen (1980:  $r = -0,49$ ; 1989:  $-0,52$ ). Je höher also die „Schwierigkeit“, desto geringer fällt die Staatsverschuldung aus.

Fiskalisch dezentralisierte (und das sind zumeist: föderale) politische Systeme, so können die hier vorgebrachten Überlegungen zusammengefaßt werden, schränken den Handlungsspielraum einer Zentralregierung in bezug auf die Wirtschaftspolitik offensichtlich ein. Dies geschieht sowohl aus fiskalischen Gründen, da das der Zentralregierung zur Verfügung stehende Ausgabenvolumen geringer ist als in zentralisierten Staaten, als auch aufgrund der hohen Kosten, die sich aus komplexen Entscheidungsverfahren ergeben. Bemühungen zu einer zeitgerechten und zielgerichteten Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität durch aktive Fiskalpolitik (im Hinblick auf konjunkturelle oder wahltaktische Überlegungen) werden daher stark erschwert. Aufgrund dieser erhöhten Barrieren für eine expansive Politik bleiben aber auch die Nebenwirkungen in bezug auf die Inflationsrate niedriger. Dabei wirken diese institutionellen Faktoren nicht deterministisch – Raum für politischen Willen und politisches Geschick gibt es sicherlich. Langfristig jedoch, so zeigen die hier vorgelegten Ergebnisse, scheinen sie einen deutlichen Einfluß auf die Politikergebnisse zu haben.

#### 4. Zusammenfassung des politisch-institutionellen Modells

Drei institutionelle Variablen wurden bisher in diesem Kapitel einzeln auf ihre Erklärungskraft bezüglich der variierenden Höhe der Inflationsraten in OECD-Ländern zwischen 1973 und 1986 untersucht: das Ausmaß der Streiktätigkeit, der Grad an politischer Unabhängigkeit der Zentralbank und die Höhe eines Indikators für fiskalpolitische „Schwierigkeit“. Im folgenden sollen diese Daten zusammengefasst werden und auf ihre Gesamterklärungskraft hinsichtlich der Fragestellung getestet werden. Als statistisches Testverfahren bietet sich eine multiple Regression an. Dabei werden

Tabelle 2: Daten der im Text verwendeten Variablen, 1974-1986

|                | Streikkoeffizient | Unabhängigkeit<br>der Zentralbank | fiskalpolitische<br>Schwierigkeit | Hindernisse<br>gegen Inflation |
|----------------|-------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------|
| Australien     | 544,78            | 1                                 | 3,95                              | 0                              |
| Belgien        | 192,34            | 2                                 | 3,72                              | 0                              |
| BRD            | 43,60             | 4                                 | 6,88                              | 3                              |
| Dänemark       | 183,40            | 2                                 | 2,72                              | 1                              |
| Finnland       | 429,05            | 2                                 | 4,37                              | 1                              |
| Frankreich     | 141,30            | 2                                 | 4,78                              | 2                              |
| Großbritannien | 502,71            | 2                                 | 3,32                              | 0                              |
| Irland         | 635,19            | 2                                 | 3,12                              | 0                              |
| Italien        | 958,63            | 1,5                               | 3,55                              | 0                              |
| Japan          | 50,06             | 3                                 | 8,09                              | 3                              |
| Kanada         | 751,68            | 2                                 | 5,81                              | 1                              |
| Neuseeland     | 454,91            | 1                                 | –                                 | 0                              |
| Niederlande    | 21,98             | 2                                 | 3,36                              | 1                              |
| Norwegen       | 57,44             | 2                                 | 3,11                              | 1                              |
| Österreich     | 1,92              | 4                                 | 4,43                              | 3                              |
| Schweden       | 122,57            | 2                                 | 3,40                              | 1                              |
| Schweiz        | 1,44              | 4                                 | 10,80                             | 3                              |
| USA            | 246,26            | 3                                 | 7,10                              | 2                              |
| Durchschnitt   | 296,62            |                                   | 4,85                              |                                |

Quelle: Busch (1995).

die drei erklärenden (unabhängigen) Variablen kombiniert und untersucht, in welchem Ausmaß sie die Varianz der abhängigen Variablen erklären können. Berechnet man eine solche multiple Regression für die angegebenen Variablen<sup>13</sup> im Untersuchungszeitraum, so ergibt sich eine erklärte Varianz von 0,733, d.h. die Kombination der unabhängigen Variablen kann etwa *drei Viertel* der Varianz der Inflationsrate erklären.<sup>14</sup> Dies ist ein sehr hoher Wert und deutet darauf hin, daß das vorgeschlagene Modell eine erhebliche Erklärungskraft auch besitzt.

Jedoch sind, wie aus der Regressionsgleichung zu ersehen, die Signifikanzwerte (gemessen durch den Wert der t-Statistik) von zwei der drei Variablen mit 0,87 bzw. 1,54 unbefriedigend. Dies verwundert, da die bivariaten Korrelationen dieser Variablen mit der Inflationsrate sehr hoch waren. So war die Korrelation zwischen dem Grad der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Inflationsrate mit  $r = -0,80$  die höchste der bivariaten Korrelationen. Daß sie nun völlig insignifikant zu sein scheint, weist auf ein mögliches statistisches Problem im Datenmaterial hin, nämlich das Problem

13 In den folgenden Regressionsgleichungen bedeuten

Infl.73-86: die durchschnittliche Inflationsrate zwischen 1973 und 1986,

Zbkunabh: die politische Unabhängigkeit der Zentralbank,

Streik: die Höhe des Streikkoeffizienten im Untersuchungszeitraum,

Schwierig: das Ausmaß an fiskalpolitischer Schwierigkeit im Untersuchungszeitraum.

Zu Definitionen und Daten siehe weiter oben im Text.

14 Die genaue Regressionsgleichung lautet (t-Statistik in Klammern,  $n = 17$ ,  $R^2 = 0,733$ ):

Infl.73-86 = 10,27 – 0,63 Zbkunabh + 0,0058 Streik – 0,382 Schwierig  
 (6,36) (–0,87) (3,61) (–1,54)

der Multikollinearität. Es entsteht bei einem hohen Grad von Korrelation zwischen den unabhängigen Variablen (Lewis-Beck 1990: 58ff.). Bei Existenz dieses Problems ist eine Aussage über den relativen Einfluß der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable nicht möglich. Da die Korrelation zwischen dem Ausmaß an Zentralbankunabhängigkeit und dem Grad der fiskalpolitischen Schwierigkeit sehr hoch ist (sie beläuft sich auf  $r = 0,70$ ), ist die Existenz von Multikollinearität anzunehmen. Durch den Einsatz eines anderen Testverfahrens, in dem ein Pooled-Time-Series-Design zum Einsatz kommt, kann jedenfalls im vorliegenden Fall gezeigt werden, daß alle drei Variablen statistisch hochsignifikant sind (Busch 1995: 140-142).<sup>15</sup>

Nachdem die statistische Signifikanz erwiesen ist, soll die Wirkung der unabhängigen Variablen nun noch auf eine etwas anschaulichere Art dargestellt werden, indem für die einzelnen Länder die Existenz oder Nichtexistenz von „Hindernissen“ gegen Inflation gezeigt wird. Zu diesem Zweck werden diese Variablen (Streiktätigkeit, Zentralbankunabhängigkeit und fiskalpolitischer Schwierigkeitsgrad) jeweils am Median dichotomisiert, so daß für jede Variable zwei gleichgroße Gruppen entstehen, von denen eine die „niedrigen“ Werte der Variablen enthält und die andere die „hohen“ Werte der Variablen. Sodann wird angenommen, daß eines oder mehrere „Hindernisse“ gegen Inflation in denjenigen Ländern bestehen, die eine oder mehrere der folgenden Bedingungen erfüllen: Mitglied der „niedrigen“ Gruppe in bezug auf die Streiktätigkeit, oder Mitglied der Gruppe mit den „hohen“ Werten bezüglich der Unabhängigkeit der Zentralbank oder der fiskalpolitischen Schwierigkeit.<sup>16</sup> Die Zahl der so gewonnenen „Hindernisse“ ist in Tabelle 2 für alle Länder summiert und in Tabelle 3 der Höhe der Inflationsrate gegenübergestellt.

Sie zeigt einen starken Zusammenhang zwischen beiden Variablen, der sich auch durch eine Korrelationsanalyse ( $r = -0,77$ ) bestätigt. Interessant ist zudem die Ballung der Mitglieder bestimmter „Länderfamilien“ (Castles 1993). So kommen die Mitglieder der deutschsprachigen Länderfamilie alle in der besseren Hälfte der „Inflationsliga“ zu liegen. Gemeinsam mit Japan sind sie die einzigen Länder, in denen *drei* institu-

15 Beim Einsatz eines solchen Designs entstehen jedoch aufgrund der Datenlage andere Probleme. So liegen beispielsweise Daten für die Unabhängigkeit der Zentralbanken nicht in zeitlich differenzierter Form vor, obwohl es in einer Reihe von Ländern im Untersuchungszeitraum z.T. erhebliche Veränderungen gegeben hat. Grundsätzlich liegt zudem der Fokus des hier vorgestellten Modells auf einer Erklärung der Variation der Inflationsrate *zwischen den Ländern* und nicht *über die Zeit*. In einem Pooled-Time-Series-Design wird jedoch beides kombiniert, so daß bei einer Anwendung auf die hier vorhandenen (institutionellen, d.h. großenteils über die Zeit statischen) Daten die erklärte Varianz nicht sehr hoch sein kann. Die folgenden Ergebnisse sind daher nicht als vollständig im ökonometrischen Sinne zu betrachten; allerdings interessiert hier ja v.a. die statistische Signifikanz der drei unabhängigen Variablen.

Die Daten der Regressionsgleichung lauten (t-Statistik in Klammern,  $n = 186$ ,  $R^2 = 0,32$ ):

$\text{Infl.73-86} = 11,70 - 1,24 \text{ Zbkunabh} + 0,0039 \text{ Streik}_{-1} - 0,345 \text{ Schwierig}$   
                   (12,42)       (-2,78)                   (4,55)               (-2,08)

Hier sind nun alle drei erklärenden Variablen, wie aus den Werten der t-Statistik zu ersehen ist, statistisch hochsignifikant ( $p < 5\%$ , in zwei Fällen sogar  $p < 1\%$ ).

16 Eine Teilung der Gruppe am Median ist nur bei kontinuierlichen Variablen sinnvoll. Bei der diskreten Variablen „Zentralbankunabhängigkeit“ wird die Ländergruppe geteilt in zum einen die Fälle der beiden Kategorien der niedrigen Unabhängigkeit (Ausprägungen 1 und 2) und zum anderen in die Fälle der beiden Kategorien mit hoher Unabhängigkeit (Ausprägungen 3 und 4).

Tabelle 3: Zahl der Hindernisse gegen Inflation und durchschnittliche Inflationsraten in 18 OECD-Ländern, 1973-1986

| Durchschnittliche<br>Inflationsraten,<br>1973 – 1986 | Zahl der Hindernisse gegen Inflation |            |                                            |                                 |
|------------------------------------------------------|--------------------------------------|------------|--------------------------------------------|---------------------------------|
|                                                      | 3                                    | 2          | 1                                          | 0                               |
| >12%                                                 |                                      |            |                                            | Italien<br>Neuseeland<br>Irland |
| 10 – 12%                                             |                                      |            | Finnland                                   | Australien<br>Großbrit.         |
| 8 – 10%                                              |                                      | Frankreich | Kanada<br>Norwegen<br>Schweden<br>Dänemark |                                 |
| 6 – 8%                                               | Japan                                | USA        |                                            | Belgien                         |
| 4 – 6%                                               | Schweiz<br>BRD<br>Österreich         |            | Niederlande                                |                                 |

tionelle Hindernisse gegen Inflation am Werk sind. Ihre niedrigen Inflationsraten sind somit erklärbar durch die kombinierte Wirkung von niedriger Streiktätigkeit, unnachgiebiger Geldpolitik und zurückhaltender Fiskalpolitik.

Die skandinavische Länderfamilie zeigt ebenfalls interessante Gemeinsamkeiten. Alle vier Länder fallen in die schlechtere Hälfte der Inflationsverteilung. In allen vier Ländern ist zudem nur ein Hindernis gegen Inflation am Werk – in drei Fällen ist dies die Streikvariable, im Falle Finnlands hingegen die fiskalpolitische Variable. Keines dieser Länder besitzt jedoch eine unabhängige Zentralbank. In bezug auf die Inflation und die Variablen, die ihre Ausbreitung erklären, erscheinen die vier skandinavischen Länder also als sehr ähnlich.

Im Gegensatz dazu zeigt die angelsächsische „Familie“ ein viel heterogeneres Bild. Zwei der fünf Länder rangieren in der besseren Hälfte der Inflationsverteilung (die Vereinigten Staaten und Kanada) und drei in der schlechteren Hälfte (Großbritannien, Australien und Neuseeland). In bezug auf die Hindernisse gegen Inflation ist das Bild ähnlich. Vier der Länder haben keine unabhängige Zentralbank, nur in den Vereinigten Staaten ist eine solche vorhanden; zwei der Länder haben einen hohen Grad an fiskalpolitischer „Schwierigkeit“ (Kanada und wiederum die USA), zwei haben einen niedrigen Schwierigkeitsgrad (Daten für Neuseeland waren nicht erhältlich). Eine Gemeinsamkeit zeichnet jedoch trotz aller Unterschiede die angelsächsischen Länder

in bezug auf das dritte Hindernis gegen Inflation aus: Alle fünf sind in der Gruppe mit ausgeprägter Streiktätigkeit.

### V. Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Artikel wurde die Frage, weshalb die Inflationsraten in den OECD-Ländern in der Periode nach 1973 (mit dem doppelten Schock des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems und der ersten großen Ölpreiserhöhung) bis zur Mitte der 80er Jahre so stark variierten, vermittels politisch-institutioneller Variablen zu beantworten gesucht. Es wurden drei solcher Variablen gefunden, die einen Einfluß auf die Neigung eines Landes zu Inflation haben: das Ausmaß an sozialem Frieden, gemessen durch die Konfliktrichtigkeit der Arbeitsbeziehungen, die Fähigkeit der Zentralbank, unabhängig von politisch-taktischen Erwägungen der Regierung eine an Preisstabilität orientierte Politik zu verfolgen und schließlich die Leichtigkeit, mit der der Zentralstaat expansive Fiskalpolitik betreiben kann.

*Ceteris paribus* kann man niedrige Inflationsraten in einem Land erwarten, in dem das Konfliktniveau zwischen Arbeit und Kapital, gemessen an der Streiktätigkeit, gering ist und daher übermäßige, die Preisstabilität gefährdende Lohnsteigerungen nicht stattfinden; in dem eine von politischer Einflußnahme durch die Regierung unabhängige Zentralbank eventuell auch unpopuläre Maßnahmen trifft (und treffen kann), um Preissteigerungstendenzen entgegenzuwirken; und in dem hohe institutionelle Barrieren einer starken fiskalischen Expansion entgegenstehen, wie sie für eine Regierung attraktiv sein könnte, die Wachstum und Beschäftigung stimulieren möchte. Umgekehrt sind höhere Inflationsraten zu erwarten, wenn in einem Land unstrukturierte Konfrontation zwischen Arbeit und Kapital zu einem hohen Maß an Streiktätigkeit führt, das sich dann in hohen Lohn- und Kostensteigerungen niederschlägt; wenn eine Zentralbank in ihren Entscheidungen abhängig ist von politischen Opportunitätserwägungen der Regierung, deren Interesse an Preisstabilität unter Umständen gering sein kann; und wenn die institutionellen Gegebenheiten einer Regierung, die die wirtschaftliche Aktivität durch expansive Finanzpolitik ankurbeln möchte, wenig Hindernisse in den Weg legen. Dies ist etwa in stark zentralisierten Staaten der Fall, da dort eine Regierung fast die gesamten staatlichen Ausgaben bestimmen kann, während in föderal organisierten Ländern die Regierungen der Gliedstaaten hier einen erheblichen Einfluß besitzen. Die Gegenwart oder Abwesenheit dieser „Barrieren gegen Inflation“ kann das Ausmaß erklären, in dem die OECD-Länder im Untersuchungszeitraum (1973 bis 1986) von Inflation betroffen waren.

Abschließend soll noch ein Blick über den Untersuchungszeitraum hinaus geworfen werden. Wie sieht es mit der Erklärungskraft des hier vorgestellten Modells nach 1986 aus? In dieser Periode kommt ein Faktor ins Spiel, der im Rahmen eines institutionell-quantitativen Modells auf nationaler Ebene nur schwer erfaßbar ist: die Auswirkung der europäischen Integration auf währungspolitischem Gebiet. Sie führte dazu, daß der Einfluß der nationalen institutionellen Konfiguration auf die Höhe der Inflationsrate zurückging. So hatte die Handhabung des Europäischen Währungssystems (EWS) spätestens seit Mitte der 80er Jahre eine inflationssenkende Wirkung, ohne daß dies durch nationale institutionelle Änderungen (im Rahmen des hier vorgestellten

Modells) sichtbar geworden wäre. Zu erklären ist dieser Wechsel v.a. durch zwei Faktoren: eine Änderung der dominanten wirtschaftspolitischen Konzeptionen in den europäischen Ländern, die niedrige Inflation zur wirtschaftspolitischen Priorität machte<sup>17</sup> und die wachsende Liberalisierung und Internationalisierung der Finanzmärkte. Beides bewirkte eine „Bekehrung zu makroökonomischer Disziplin“ (Sandholtz 1993). Zugleich kam es Mitte der 80er Jahre zu einer Neubelebung der europäischen Integration mit der Einheitlichen Europäischen Akte, dem Ziel der Vollendung des Binnenmarktes und (im April 1989) mit dem „Delors-Report“ zur Zielsetzung einer Europäischen Währungsunion. Diese Entwicklung führte zu einer geänderten Handhabung des EWS durch seine Mitglieder: Aus politischen Gründen wurden seit Januar 1987 keine *realignments* mehr durchgeführt, es kam zu einer „Versteifung“ des EWS, das sich praktisch bereits einer Währungsunion ähnlich verhielt (Busch 1994). Die Teilnehmerländer akzeptierten die Ankerrolle der D-Mark (und damit die faktische geldpolitische Führung durch die Deutsche Bundesbank), profitierten von deren antiinflationärer Glaubwürdigkeit und konnten somit für sich Vorteile verbuchen, allerdings im Tausch gegen eine Verminderung ihrer geldpolitischen Souveränität. Die Erklärungskraft nationaler institutioneller Gegebenheiten geht also in der Periode nach 1986 zurück und mit ihr die Erklärungskraft des hier vorgestellten Modells, sofern man die Daten auf nationaler Ebene erhebt. Allerdings gilt dies nur für die Teilnehmer des Europäischen Währungssystems. Eine differenzierte Analyse zeigt, daß es für die außereuropäischen Länder weiterhin eine hohe Erklärungskraft besitzt (Busch 1995a): Die Korrelation zwischen der Anzahl der „Inflationshindernisse“ und der Höhe der Inflationsrate sinkt zwar für den Zeitraum 1986 bis 1993 im Vergleich zum oben untersuchten Zeitraum für alle Länder leicht von  $-0,77$  auf  $-0,67$ , doch ist dies ausschließlich auf einen Rückgang bei den Mitgliedsländern des EWS zurückzuführen; für die außereuropäischen Länder bleibt der Korrelationskoeffizient mit  $-0,86$  konstant. Wenn man aus der Not eine Tugend macht und den Einfluß der Mitgliedschaft im EWS im Rahmen einer multiplen Regressionsanalyse zu erfassen versucht, so zeigt sich, daß der postulierte Effekt in der Tat erheblich ist: Gemeinsam mit der Zahl der „Inflationshindernisse“ zwischen 1986 und 1993 können so drei Viertel der Inflationsvarianz erklärt werden, und beide Faktoren sind statistisch hochsignifikant.<sup>18</sup> Auch bei einer Gesamtbetrachtung der Situation der OECD-Länder kann das oben vorgestellte Modell weiterhin interessante Hinweise liefern. Die deutliche Disinflation im Zeitraum 1986 bis 1993 (die durchschnittliche Inflationsrate sank in den untersuchten Ländern von 8,8% auf 3,8%, vgl. Tabelle 1) kann zurückgeführt werden auf einen massiven Rückgang der Streiktätigkeit in dieser Periode. Der Streikkoeffizient sank auf beinahe ein Drittel des Durchschnitts der Periode zwischen 1973 und 1986, nämlich von 296 auf 103 verlorene Arbeitstage pro Tausend Beschäftigte. Dadurch trat eine klare Verringerung des inflationären Drucks ein. Trotz dieser starken Veränderung

17 Zum Umfeld dieses Paradigmenwechsels siehe z.B. Merkel (1993: 21-39).

18 Die Regressionsgleichung lautet (t-Statistik in Klammern,  $n = 18$ ,  $R^2 = 0,729$ ):

$$\text{Infl.86-93} = 5,32 - 0,76 \text{ Inhib.86} - 1,74 \text{ EWS\_Perm}$$

$$(18,46) \quad (-5,03) \quad (-4,40)$$

Es werden nur die Länder berücksichtigt, die dem EWS ohne Unterbrechung und in den normalen Bandweiten angehört haben (also nicht Großbritannien und Italien), da nur hier der supranationale Effekt und die Verhaltensänderungen zur Wirkung kommen.

bleibt die Verteilung fast unverändert, was auch der Rangkorrelationskoeffizient von 0,839 zeigt:<sup>19</sup> Größere Veränderungen gab es lediglich in den Fällen Norwegen und Schweden, die sich deutlich verschlechterten (in Norwegen *verdoppelte* sich sogar die Streiktätigkeit), und in den Fällen Belgien und USA, die nun in der günstigeren Hälfte der Verteilung zu liegen kamen. Dadurch ergaben sich auch Veränderungen bei der Zahl der „Inflationshindernisse“ in der Periode nach 1986: Während Norwegen und Schweden je ein Hindernis verlieren, gewinnen Belgien und die USA je eines hinzu. Ansonsten bleibt anzumerken, daß die Zahl der Hindernisse pro Land auch in der Periode von 1986 bis 1993 bemerkenswert stabil ist: Weder bei der „fiskalpolitischen Schwierigkeit“ noch bei der Unabhängigkeit der Zentralbank (hier wirkten sich die jüngsten Veränderungen der Zentralbankverfassungen in mehreren Ländern auf den Durchschnitt der Periode noch nicht aus) ergaben sich Veränderungen in der Verteilung, so daß die Zahl der diesbezüglichen „Barrieren“ gleichblieb.

Schließlich kann das Modell auch zur Analyse aktueller Politik einen Beitrag leisten. So kann etwa die rapide Verbesserung der Lage des chronisch inflationsgeplagten Neuseeland in den vergangenen Jahren auf die Anfang der 90er Jahre eingeführte völlige Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung, d.h. die Errichtung eines Hindernisses gegen Inflation, zurückgeführt werden. Und der Anstieg der deutschen Inflationsrate zu Beginn der neunziger Jahre kann als zeitweilige Außerkraftsetzung von zwei „Barrierefaktoren“ in einer historischen Sondersituation gedeutet werden: nämlich zum einen der konfliktarmen Arbeitsbeziehungen durch einen Verteilungskampf auch um die Lasten der Einheit und zum anderen der fiskalpolitischen Zurückhaltung durch die Notwendigkeit massiver Transfers in die ehemalige DDR. In bezug auf die Europäische Währungsunion muß im Rahmen dieses Modells zur Vorsicht gemahnt werden: Denn eine Koordination und Vergemeinschaftung ist bisher lediglich im Bereich der Geldpolitik vorgesehen. Auf den Gebieten Arbeitsbeziehungen bzw. Lohnaushandlung und Haushaltspolitik, deren große Bedeutung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Inflation hier herausgearbeitet wurden, fehlt sie aber noch fast vollständig: Die Hoheit über den größten Teil der Finanzpolitik verbleibt allein bei den Mitgliedsstaaten, im Bereich der Arbeitsbeziehungen gibt es überhaupt keine Harmonisierungsbestrebungen. Ob ohne eine Unterstützung durch diese zwei Faktoren aber auf Dauer eine erfolgreiche europäische Preisstabilitätspolitik betrieben werden kann, muß bezweifelt werden. Bürdet man diese Aufgabe *allein* einer unabhängigen Zentralbank auf, könnte eine niedrige Inflationsrate wahrscheinlich nur unter höheren Kosten in bezug auf Arbeitslosigkeit und Wachstum erreicht werden als dies beispielsweise jetzt in der Bundesrepublik der Fall ist. Dies könnte die Akzeptanz und Legitimität einer solchen Politik ernsthaft gefährden.

19 Diese große Invarianz stützt auch die oben geäußerte These, daß die Neigung zu Arbeitskämpfen stark von organisatorischen Merkmalen des Lohnaushandlungssystems bestimmt wird.

## Literaturverzeichnis

- Alesina, Alberto, 1989: Politics and business cycles in industrial democracies, in: *Economic Policy*, Nr. 8 (April 1989), 55-98.
- Allsopp, Christopher, 1982: Inflation, in: *Boltho, Andrea* (Hrsg.), *The European Economy. Growth and Crisis*, Oxford: Oxford University Press 1982, 72-103.
- Armington, Klaus, 1992: Streiks, in: *Schmidt, Manfred G.* (Hrsg.), *Lexikon der Politik*, Band 3: Die westlichen Länder, München: Beck 1992, 431-435.
- Borchardt, Knut, 1982: Die Erfahrung mit Inflationen in Deutschland, in: *ders.*, *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1982, 151-161.
- Brown, Arthur Joseph, 1985: *World Inflation Since 1950. An International Comparative Study*, Cambridge etc.: Cambridge University Press.
- Busch, Andreas, 1994: The Crisis in the EMS, in: *Government and Opposition* 29 (1994), 1, 80-96.
- Busch, Andreas, 1995: Preisstabilitätspolitik. Politik und Inflationsraten im internationalen Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.
- Busch, Andreas, 1995a: Comparative Inflation Rates and the Case of European Monetary Integration [= Paper presented at the „International Colloquium on Cross-National Studies on Public Policy in the 1980s and 1990s“, Heidelberg, 19.-20.6.1995], Heidelberg: Institut für Politische Wissenschaft.
- Caesar, Rolf, 1980: Die Unabhängigkeit der Notenbank im demokratischen Staat. Argumente und Gegenargumente, in: *Zeitschrift für Politik* 27 (1980), 347-377.
- Caesar, Rolf, 1981: Der Handlungsspielraum von Notenbanken. Theoretische Analyse und internationaler Vergleich [= *Schriften zur Monetären Ökonomie* Bd. 13], Baden-Baden: Nomos.
- Cameron, David R., 1984: Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society, in: *Goldthorpe, John H.* (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford: Clarendon Press 1984, 143-178.
- Cameron, David R., 1985: Does Government Cause Inflation? Taxes, Spending, and Deficits, in: *Lindberg, Leon N./Maier, Charles* (Hrsg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington: The Brookings Institution, 224-279.
- Cassel, Dieter, 1990: Inflation, in: *Bender, Dieter et al.*, *Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Band 1, 4. Auflage, München: Vahlen 1990, 265-321.
- Castles, Francis G. (Hrsg.), 1993: *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot: Dartmouth.
- Crouch, Colin, 1985: Conditions for Trade Union Wage Restraint, in: *Lindberg, Leon N./Maier, Charles* (Hrsg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington: The Brookings Institution, 105-139.
- Cukierman, Alex, 1992: *Central bank strategy, credibility, and independence: theory and evidence*, Cambridge MA: MIT Press.
- Friedman, Milton/Schwartz, Anna Jacobson, 1963: *A Monetary History of the United States, 1867-1960*, Princeton: Princeton University Press.
- Friedman, Milton/Schwartz, Anna Jacobson, 1970: *Monetary statistics of the United States*, New York: Columbia University Press.
- Frisch, Helmut, 1984: *Theories of Inflation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Goldthorpe, John H., 1978: The Current Inflation: Towards a Sociological Account, in: *Hirsch, Fred/Goldthorpe, John H.* (Hrsg.), *The Political Economy of Inflation*, Cambridge (MA): Harvard University Press 1978, 186-214.
- Goodhart, Charles, 1988: *The Evolution of Central Banks*, Cambridge (MA): MIT Press.
- Grilli, Vittorio, 1992: *The Road to European Financial Integration from Rome to Maastricht and Beyond*, o.O.: Woolwich Building Society.
- Hall, Peter A., 1986: *Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France*, Cambridge: Polity Press.
- Hibbs, Douglas A., 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *The American Political Science Review*, 71 (1977), 1467-1487.
- Hirsch, Fred, 1978: The Ideological Underlay of Inflation, in: *Hirsch, Fred/Goldthorpe, John H.* (Hrsg.), *The Political Economy of Inflation*, Cambridge (MA), Harvard UP, 263-284.

- Hirsch, Fred/Goldthorpe, John H. (Hrsg.), 1978: *The Political Economy of Inflation*, Cambridge (MA): Harvard UP.
- Hughes, Gordon/Smith, Stephen, 1991: Economic aspects of decentralized government: structure, functions and finance, in: *Economic Policy* Nr. 13, October 1991, 427-459.
- International Labour Office*: Yearbook of Labour Statistics, Genf: ILO (verschiedene Jahrgänge).
- Kloten, Norbert/Ketterer, Karl-Heinz/Vollener, Rainer, 1985: West Germany's Stabilization Performance, in: Lindberg, Leon N./Maier, Charles (Hrsg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington: The Brookings Institution 1985, 353-402.
- Korpi, Walter, 1983: *The Democratic Class Struggle*, London: Kegan Paul.
- Lehmbruch, Gerhard, 1989: Marktreformstrategien bei alternierender Parteiregierung: Eine vergleichende institutionelle Analyse – Theodor Eschenburg zum 85. Geburtstag gewidmet –, in: Ellwein, Thomas/Hesse, Joachim/Jens/Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (Hrsg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Bd. 3/1989, Baden-Baden: Nomos 1989, 15-45.
- Leijonhufvud, Alex, 1968: Comment: Is there a Meaningful Trade-off between Inflation and Unemployment?, in: *Journal of Political Economy* 76 (1968), 738-743.
- Lewis-Beck, Michael S., 1990: *Applied Regression. An Introduction* (= Sage University Paper series on Quantitative Applications in the Social Sciences No. 22), Newbury Park (CA): Sage.
- Lijphart, Arend, 1984: *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven, London: Yale University Press.
- Lindberg, Leon N./Maier, Charles (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington D.C.: The Brookings Institution.
- Maier, Charles, 1978: The Politics of Inflation in the Twentieth Century, in: Hirsch, Fred/Goldthorpe, John H. (Hrsg.), *The Political Economy of Inflation*, Cambridge (MA): Harvard University Press 1978, 37-72.
- McCallum, John, 1983: Inflation and Social Consensus in the Seventies, in: *The Economic Journal*, Dec. 1983, 784-805.
- Merkel, Wolfgang, 1993: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*, Frankfurt/Main, New York: Campus.
- OECD, 1994: *OECD Economic Outlook* 56 (December 1994), Paris: OECD.
- Olson, Mancur, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven, London: Yale University Press.
- Parkin, Michael, 1992: Inflation, in: *The New Palgrave Dictionary of Money & Finance*, edited by Peter Newman, Murray Milgate and John Eatwell, London: Macmillan 1992, 394-400.
- Peffekoven, Rolf, 1990: Öffentliche Finanzen, in: Bender, Dieter et al., *Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Band 1, 4. Auflage, München: Vahlen 1990, 475-556.
- Rothschild, Kurt W., 1986: Der Wechsel vom keynesianischen zum neoklassischen Paradigma in der neueren Wirtschaftspolitik. Versuch einer soziologisch-historischen Einordnung, in: Krupp, H.-J./Rohwer, B./Rothschild, K.W. (Hrsg.), *Wege zur Vollbeschäftigung*, Freiburg: Rombach 1986, 107-123.
- Sandholtz, Wayne, 1993: Choosing union: monetary politics and Maastricht, in: *International Organization* 47 (1993), 1, 1-39.
- Scharpf, Fritz W./Brockmann, Marlene (Hrsg.), 1983: *Institutionelle Bedingungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik*, Frankfurt, New York: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 1983: Zur Bedeutung institutioneller Forschungsansätze, in: Scharpf, Fritz W./Brockmann, Marlene (Hrsg.), *Institutionelle Bedingungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik*, Frankfurt/New York: Campus 1983, 9-20.
- Scharpf, Fritz W., 1985: Plädoyer für einen aufgeklärten Institutionalismus, in: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.), *Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1985, 164-170.
- Scharpf, Fritz W., 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das „Modell Deutschland“ im Vergleich* [= Theorie und Gesellschaft, Band 7], Frankfurt u.a.: Campus.
- Schmid, Günther/Reissert, Bernd/Bruche, Gerd, 1987: *Arbeitslosenversicherung und aktive Arbeitsmarktpolitik. Finanzierungssysteme im internationalen Vergleich*, Berlin: Edition Sigma.

- Schmidt, Manfred G.*, 1988: The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political Determinants of Rates of Unemployment in Industrial Nations, in: *Castles, Francis G./Lehner, Franz/Schmidt, Manfred G.* (Hrsg.), *Managing Mixed Economies* [= *Wildenmann, Rudolf* (Hrsg.), *The Future of Party Government*, Vol. 3], Berlin, New York: de Gruyter 1988, 4-53.
- Solomon, Ezra* (Hrsg.), 1984: *International Patterns of Inflation: A Study in Contrasts*. Published by The Conference Board and the American Council of Life Insurance, New York: The Conference Board.
- Woll, Artur*, 1981: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. 7., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, München: Vahlen.
- Woolley, John T.*, 1985: Central Banks and Inflation, in: *Lindberg, Leon N./Maier, Charles* (Hrsg.), *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington: The Brookings Institution, 318-348.
- Woolley, John T.*, 1992: Policy Credibility and European Monetary Institutions, in: *Sbragia, Alberta M.* (Hrsg.), *Europolitics: Institutions and Policy-making in the „New“ European Community*, Washington D.C.: The Brookings Institution 1992, 157-190.